

Was ist gut an „billig“?

Florian J. Hoffmann

Die Energieversorger stehen aufgrund der drastischen Preissteigerungen stark in der öffentlichen Kritik. In Deutschland wird der Ruf nach billiger Energie immer lauter und die Politik springt auf den Zug auf. So richtig nachvollziehbar ist das allerdings nicht. Nach einem halben Jahrhundert Wettbewerbspolitik scheint nun der Verbraucherschutz oberstes Ziel zu sein, ein Fehler, für den wir die Rechnung noch bekommen werden. Auf Basis anhaltender Rohstoffknappheit kontinuierlich steigende Energiepreise sind im Sinne von Umweltschutz, Verbrauchern und Versorgern. Ein wettbewerbspolitischer Freiraum wäre hierzu der geeignete Rahmen.

Vor etwa fünfzig Jahren hat es angefangen. Damals hat Ludwig Erhard das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen durchgesetzt und das Bundeskartellamt installiert. Ludwig Erhard wurde nicht zuletzt auch von den Amerikanern gedrängt, deren Sherman Antitrust Act dann Textvorlage des deutschen Gesetzes war. Die klar definierte Aufgabe des Gesetzes und Amtes im Sinne Ludwig Erhards war der Schutz des Wettbewerbs – durch das Verbot von Preisabsprachen und das Marktmacht-Missbrauchsverbot. Die Mitarbeiter in der Behörde, die mit Kartellverfahren befassten Richter, sogar die Kartellanwälte lebten und arbeiteten ein halbes Jahrhundert lang in dem Bewusstsein, der überaus wichtigen Aufgabe nachzugehen, den Wettbewerb als wesentlichen Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards zu schützen. Das gemeinsame Ziel war der Konsens der Beteiligten.

Verbraucherschutz statt Schutz des Wettbewerbs?

Mit ungläubigem Staunen nahmen die Kartellanwälte im Herbst 2004 in einer Tagung in Brüssel die Aussage eines Leiters der EU-Direktion Wettbewerb zur Kenntnis, es gehe ab sofort nicht mehr um den Schutz des Wettbewerbs, also um Systemschutz, sondern um den Schutz des Verbrauchers. Die neue Position wurde bekannt. In der Presse und in der Öffentlichkeit regte sich dennoch kein Widerstand, denn verbraucherfreundliche Politik ist heute „in“. Wenn Telefentarife fallen, wenn Preise für elektronische Geräte purzeln, wenn mit dem Aufbrechen des Postmonopols irgendwann niedrigere Briefporti winken, immer ist sich die Politik des Applauses der Allgemeinheit gewiss.

Dies gilt auch umgekehrt: Wer Preise oder Tarife anhebt, wird mit Argusaugen beobachtet. Am schlimmsten dann, wenn die Masse der „Verbraucher“ die Anhebung regelmäßig (also täglich oder monatlich) in der Tasche spürt. Die Erhöhungen von Benzin-, Gas-, Strom- oder Wasserpreisen rufen die Politiker, die Verbraucherschützer,

die Kartellbehörden und die Regulierungsbehörden, die zum Schutz der Verbraucher zwischenzeitlich auch noch eingerichtet wurden, um die Preise herunterzuregulieren, auf den Plan und Unisono werden böse Preisabsprachen, monopolartige Marktstellungen, Kartelle und Gewinnsucht vermutet.

Den Energieversorgern bläst die öffentliche Meinung ins Gesicht. Das Kartellamt schickt seine Beamten aus, sammelt Akten ein und eröffnet im Dutzend Verfahren. Mit jeder Aktion werden kollaterale Informationen über weiteres gesetzwidriges Verhalten entdeckt, so dass sich ein bekannter Versorger gar nicht mehr anders zu helfen wusste, als der Bundesregierung in den Rücken zu fallen und einen Kniefall vor der EU-Kommission zu machen. Er wolle sein Netz „freiwillig“ abgeben. Andere geben ihres „unfreiwillig“ ab. Vielleicht gut so – aus den Erlösen kann man ja in der großen weiten Welt (wo einem die EU nicht hereinredet) Unternehmenskäufe tätigen.

So richtig verstehen kann man den Ruf nach billiger Energie allerdings nicht. Wenn der EU-Kommissionspräsident nach Deutschland kommt und eine Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen um 20 % verlangt, im gleichen Atemzug aber die zu hohen Gaspreise anprangert, dann fragt man sich, ob Herr Barroso wirklich noch nie etwas vom Zusammenhang zwischen Preis und nachgefragter Menge gehört hat. In den USA ist nach der dramatischen Erhöhung des Ölpreises der Benzinverbrauch (erstmal!) zurückgegangen, und zwar um 5,5%! Das ist so viel wie ganz Belgien verbraucht!

Nicht besser ist unser Umweltminister Gabriel, ein eifriger Verfechter von Biosprit und Öko-Steuer, der auf die bösen Ölkonzerne und ihre zu hohen Benzinpreise schimpft und zugleich das Kartellamt ermutigt, tätig zu werden. Da stellt sich doch die Frage, ob die Öko-Steuer nicht irgendwann einmal eingeführt wurde, um das Benzin zu verteuern und damit den Verbrauch zu reduzieren?

Und: Was ist gut an billig, wenn man weiß, dass auch private Energiespar-Investitionen von stabil hohen Energiepreisen abhängig sind? Gut erinnerlich ist mir die Zeit zu Anfang der achtziger Jahre, als allerorten für Privathäuser Wärmepumpen installiert wurden. Als die Energiepreise wieder fielen, war der Boom vorbei.

Angesichts dessen fragt man sich, möchte ein Kartellamt die Schuld auf sich nehmen, dass die heutige Welle in Investitionen in alternative Energien durch ihr Wirken wieder abgebremst wird? Entwicklungskosten in umweltschonende, preiswerte Alternativen rechnen sich doch nur, wenn die Energiekosten hoch sind! Hohe Energiekosten erzeugen Privatinitiative, private Ideen, weil sie sich rechnen! Das ungeheure Ideenpotenzial der Menschen bedarf doch keiner weiteren Förderung, weil sich die Investitionen oft von Anfang an rechnen und sie viel mehr taugen, als staatlich subventionierte Energie von Windrädern und aus Solarzellen, verbunden mit gesetzlicher Zwangsabnahme durch die „Versorger“ zu irrational hohen Preisen! D. h. wenn das Kartellamt weiterhin „im Interesse des Verbrauchers“ tätig wird, Gaspreislisten veröffentlicht und dutzende Verfahren einleitet, dann ist der Schaden für Energiealternativen vorprogrammiert.

Ein zweiter Blick in die USA lässt einen vor den Auswirkungen des Antitrustrechts geradezu erschauern: Mittels des Sherman Acts wurde in den zwanziger Jahren Rockefeller's Standard Oil Corp. zerschlagen. Ganz Amerika profitierte über ein ganzes Jahrhundert vermeintlich vom niedrigen Ölpreis. Nichts war in den USA im letzten Jahrhundert so billig wie „power“, Power ohne Ende. Wie schön war es für uns Europäer, durch die USA zu reisen, immer mit einem vollen Tank, der „nichts“ gekostet hatte. Die amerikanische Lebensart war über ein Jahrhundert lang die weltweit bewunderte Leichtigkeit des Seins, wobei die USA einen pro-Kopf-Energieverbrauch entwickelten, der heute immer noch mehr als doppelt so hoch wie der deutsche ist.

Die Rechnung bekommen die USA heute präsentiert. Ihre gesamte Automobilindustrie ist pleite. Die billige Energie hat technologische Anstrengungen unterbunden, denn sie waren nicht erforderlich, sie rechneten sich nicht. Während unsere europäischen Automobile in Materialaufwand, Mechanik, Aerodynamik, Elektronik etc. optimiert wurden (und werden), setzten die US-Hersteller bei ihren Produkten auf Größe, Servo-Unterstützung und Power. Im Zeichen steigender Energiekosten sind ihre Produkte partout nicht mehr zeitgemäß, ihrer Industrie fehlt das technologische Entwicklungspotenzial, ihre Produkte sind qualitativ minderwertig, sie sind „billig“, weil der Geist des „Antitrust“ (möglichst viel und möglichst günstig) sich natürlich auch bei deren Autoherstellern durchgesetzt hat. Es ist nicht aus der Luft gegriffen zu vermuten, dass eine ungebremsste Fortsetzung der Durchsetzung der Kartellgesetze im Bereich unserer Versorger bald ähnlich dramatische Auswirkungen haben könnte.

Missbrauch von Marktmacht sieht anders aus

Das alles kann nicht in unserem Sinne sein. Das Primat der Wettbewerbspolitik, des Kartellrechts gegenüber der Umweltpolitik, ist angesichts der nicht zu leugnenden Klimaprobleme nicht mehr zu verantworten. Wenn sich die Energieversorger in ihrer Preispolitik generell umweltgerecht verhalten, kann man sie nicht wettbewerbspolitisch an den Pranger stellen. Und: Unsere Versorger verstehen sich nach wie vor als solche und nicht als Abzocker. Infrastruktur hat generell Monopolcharakter. Die meisten ihrer Monopole sind historisch gewachsen. Das kann nicht zur Folge haben, dass Versorger sich permanent unter Beobachtung und Beschuss von Kartellämtern befinden. Deshalb kann die Politik für die Versorger ohne schlechtes Gewissen missbräuchliches Marktverhalten anders definieren und ermitteln lassen, als über den Vergleich von Kalkulations-schemata und manchmal lächerlich kleinen Preisdifferenzen, Marginalien. Missbrauch von Marktmacht sieht anders aus.

Wettbewerbspolitischen Freiraum schaffen

Selbst Preisabsprachen von Ölkonzernen, so sie in einem vertretbaren Rahmen bleiben, haben einen umweltschonenden Charakter. Auch die Ölkonzerne kämen im Sinne der Umweltpolitik den Regierungen gerne entgegen, wenn sie wettbewerbspolitisch anders betrachtet würden. Die Bundesregierung sollte sich deshalb in Berlin und Brüssel des Themas annehmen und dem Energiebereich

einen wettbewerbspolitischen Freiraum verschaffen – der Umwelt zuliebe.

Dass ihr dabei eine Hardlinerin, wie die Kommissarin Neelie Kroes im Wege steht, sollte sie nicht davon abhalten, denn auch das Verbraucherinteresse bleibt nicht auf der Strecke: Niemand will ein Ausufer der Preise. Alle Beteiligten wissen, dass Preissprünge von den Abnehmern, den Verbrauchern, nur schwer oder gar nicht zu verkraften sind, weder von den Privathaushalten, noch vom Gewerbe, am schlechtesten von der Industrie. Rechtzeitige, dafür aber moderate Preisangleichungen in kleinen Schritten wären im Sinne von Versorgern und Verbrauchern, solange die Preiserhöhungen an sich aufgrund anhaltender

„Niemand will ein Ausufer der Preise. Rechtzeitige, dafür aber moderate Preisangleichungen in kleinen Schritten wären im Sinne von Versorgern und Verbrauchern, solange die Preiserhöhungen an sich aufgrund anhaltender Rohstoffknappheit unausweichlich sind.“

Rohstoffknappheit unausweichlich sind. Eine Devise, die der Verantwortung gerecht würde, könnte lauten: Ohne Schock keine Krise.

*F. J. Hoffmann, Rechtsanwalt, Düsseldorf
florian@hoffmannlaw.de*

Multitalent Stadtwerk

Welche Zukunft haben die Stadtwerke? Können Stadtwerke ohne Kooperationsverbund zukünftig noch erfolgreich am Markt agieren? Die kommunale Energiewirtschaft reagiert mit ihrem neuen Konzept, „Stadtwerke 2020“, auf den Druck der Politik und die aktuelle Entwicklung am Energiemarkt.

In Zusammenarbeit mit dem VKU und den führenden Köpfen der Energiewirtschaft findet am 25. und 26.11.2008 im Hilton Hotel in Düsseldorf der 9. ICG-Stadtwerkekongress „Multitalent Stadtwerk“ statt. Auch in diesem Jahr bietet der Kongress seinen Besuchern die Möglichkeit mit vielen Experten, Marktpartnern und Kollegen die aktuellen Fragen

der Branche zu diskutieren und wichtige Kontakte zu knüpfen. Besprochen werden Themen wie z. B. Smart Metering als neues Geschäftsfeld und Kundenbindungsinstrument, die dezentrale und regenerative Energieerzeugung sowie Flexibilität und Unabhängigkeit für Stadtwerke bei Energieerzeugung und -beschaffung. Namhafte Referenten werden anwesend sein, so auch Dr. Hermann Janning von den Stadtwerken Duisburg AG, Andreas Bolder (RheinEnergie AG), Marcus F. Schmidt von den Stadtwerken Düsseldorf AG u. v. m.

Weitere Informationen:
www.innovation-congress.de

FACTUR
GEMEINSAM WEITER

DAMIT ES RUND LÄUFT...



... bietet FACTUR eine einzigartige Kombination aus Prozess- und IT-Know-How. Denn erfolgreiche Servicedienstleistung ist keine Frage des IT-Systems, sondern der Beherrschbarkeit der Prozesse.

info@factur.de - www.factur.de
PARTNER DER TRIANEL

FACTUR Billing Solutions GmbH
Lombardenstr. 12-22 · 52070 Aachen
Tel. 0241 41 36 61 23
Fax 0241 41 36 61 29